



## **Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.**

Geschäftsstelle Bürgerallianz Thüringen e. V. • Kurhausstraße 6 • 36433 Bad Salzungen • Landesvorsitzender Peter Hammen  
Constanze Truschzinski, stellv. Landesvorsitzende • Rosa Luxemburg Str. 13 • 07381 Pößneck •  
Fon: 01738884153 • E-mail: truschzinski@buergerallianz.de

Pressemitteilung zu Straßenausbaubeiträgen im Saale- Orla –Kreis  
(OTZ Artikel z.B: „Saalburg-Ebersdorf gibt sich geschlagen“ und „Ohne wenn und aber“

Pößneck, 11.10.2010

### **Vorauselender Gehorsam**

Ohne wenn und aber fügen sich zur Zeit Gemeinden im Saale-Orla-Kreis dem Diktat der Kommunalaufsicht bei der Umsetzung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes (Thr. KAG) und erlassen Satzungen für die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen. Dies ist völlig unverständlich und nicht notwendig. Seitens des Innenministerium liegt seit Jahren ein Beitragsmoratorium vor. Die Kommunalaufsichten sind angewiesen, keine Ersatzvornahmen bis zur Einführung der Neuregelung des KAG bei den Straßenausbaubeitragssatzungen vorzunehmen. Warum also diese Ignoranz von Bürgerinteressen? Weil 150 Lausnitzer und 4100 Einwohner der Stadt Saalburg-Ebersdorf zu Wenige für wirksamen Protest sind, weil die kommunale Selbstverwaltung ohne Finanzausstattung zum Absurdum geführt wurde oder die Kommunalaufsicht des Saale-Orla-Kreises ihre Macht gegenüber den Kommunen ausspielt? Dabei ist es durchaus nachvollziehbar, dass Saalburg-Ebersdorf über seine Finanzkraft die Bürger auch bei den Straßenausbaubeiträgen entlasten wollte. Oder die Lausnitzer keine Straße bezahlen wollen, die ohne die Sandgrube und ihrer Betreuung noch Jahrzehnte halten würde. Genau diese Sachverhalte wollte der Innenminister Peter Huber mit in der Fortschreibung des KAG mit berücksichtigen. Zur Zeit liegen zwei Gesetzentwürfe im Thüringer Landtag zur Beratung vor. Der Gesetzentwurf der Bürgerallianz Thüringen e.V. gegen überhöhte Kommunalabgaben mit einer freiwilligen Infrastrukturabgabe und dem der Landesregierung, der zumindest in Ansätzen mehr Spielraum für die Kommunen bringen soll. Die Diskussion über das Gesetz ist noch nicht zu Ende und die jetzt geschaffenen Tatsachen in Lausnitz und Saalburg-Ebersdorf sind schwer Verständlich, nur mit sehr hohem Aufwand wieder zu korrigieren und gehen an der Intension der angestrebten Gesetzesänderung vorbei. Es bleibt den Bürgern nur der kontinuierliche Protest für ihre Interessen, ohne wenn und aber.

Constanze Truschzinski  
Stellvertretende Vorsitzende der Bürgerallianz Thüringen e.V.